

Ansprache des Vorstandsvorsitzenden
zur Jahreshauptversammlung 2015
des Unternehmensverbandes Ostholstein-Plön

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Gäste, liebe Mitglieder,
meine Damen und Herren,

Ihnen allen ist der Unternehmensverband durch seine Aktivitäten auf verschiedenen Feldern bekannt.

Im letzten Jahr konnten wir das 25-jährige Jubiläum unseres Verbandes feiern. Wie in den vorausgegangenen Jahren, so haben wir auch im vergangenen Jahr viele Möglichkeiten genutzt, die Interessen unser Mitglieder nachdrücklich zu vertreten.

Auch möchte ich mich bei meinen Vorstandkollegen für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr bedanken und auch für die finanzielle Unterstützung dieser Veranstaltung als Sponsoren.

Danke auch an unseren Geschäftsführer Herrn Rauch und seine Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle für die erfolgreiche Arbeit im vergangenen Jahr.

Wir pflegen seit Jahren den Dialog mit Vertretern der politischen Parteien sowie der Landesregierung und den Verwaltungen der Kreise Ostholstein und Plön und konnten diesen auch im vergangenen und im laufenden Jahre fortführen.

Wir bedanken uns für die Kooperationsbereitschaft und dafür, dass wir trotz teilweiser unterschiedlicher Sichtweisen immer eine gute Gesprächsbasis gefunden haben.

Wir melden uns zu Wort, wenn es darum geht, unseren Standpunkt zu vertreten und sind der regionalen Presse dankbar, dass sie darüber berichtet.

Ich möchte heute meine Gedanken aus den Jahren 2011 – 2014 teilweise ergänzen und sie auf den aktuellen Stand bringen:

In den vergangenen Tagen haben Meldungen aus den Medien über den Zustand unserer Wirtschaft aufhorchen lassen.

Die Bundesregierung hat nach den Wirtschaftsinstituten die aktuellen Wachstumszahlen und Prognosen ziemlich deutlich heraufgesetzt.

Die Konjunktur hat sich besser erholt als erwartet, die Arbeitsmarkt-Zahlen sind so gut wie lange nicht mehr.

Laut einer Umfrage unseres Dachverbandes UV Nord präsentiert sich die Wirtschaft im Norden weiterhin stabil. Die Mehrheit der Unternehmen in Schleswig-Holstein und Hamburg blickt optimistisch in die Zukunft und ist mit der Situation und den wirtschaftlichen Aussichten zufrieden.

Nach einer Studie der Sparkassen sind die Betriebe finanziell gut ausgestattet und verfügen im Regelfall auch über ein solides Eigenkapital.

Es wird aber auch festgestellt, dass der Mittelstand bei neuen Investitionen zurückhaltend war und noch ist.

Niedrige Zinsen und immer billigeres Geld können aber alleine keinen Investitionsschub bewirken. Vielmehr müssen sich noch einige Rahmenbedingungen verändern, damit wieder Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Staaten – des Staates entsteht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

betrachten wir zunächst Schleswig Holstein und den Bund.

1. Eine wirkliche Verwaltungsreform und die damit verbundene Kostensenkung sind bisher immer noch nicht erfolgt.

Von einem Schuldenabbau ist nur in einer sehr langfristigen Betrachtung die Rede. Trotz sprudelnder Steuermehreinnahmen ist der finanzielle Spielraum nicht größer geworden. Risiken in der Zinsentwicklung sind nur unzureichend für die Zukunft berücksichtigt.

2. In der Bildungspolitik kann ich wesentliche Fortschritte nicht erkennen.

Immer mehr Schulabbrecher und ein verändertes Sozialverhalten verschärfen das Nachwuchsproblem in den Betrieben.

Normalerweise sollte das vorhandene System ausbildungsfähige und auch ausbildungswillige Bewerber für die Lehrstellen vorbereiten. Dies wäre die Zukunftssicherung für die Betriebe und die Wirtschaft und sicher auch langfristig gesehen der richtige Weg, um genügend Einnahmen für das Gemeinwesen zu erhalten.

Fehler der Vergangenheit werden deutlich und werden durch zusätzliche Aufgaben in den Schulen: wie Prävention, Integration, Inklusion, De-Eskalation ohne die notwendige Ausbildung der Lehrer bzw. ohne zusätzliches Fachpersonal noch weiter verschärft.

Somit werden die Probleme nicht nur auf die Bildungseinrichtungen, sondern auch auf die Ausbildungsbetriebe verlagert. Das beschlossene Bündnis für Ausbildung ist zwar grundsätzlich richtig, aber leider auch wieder nur eine Reparatur am System.

Unser Duales Ausbildungssystem bietet große Chancen, wenn man erkennt, dass nicht nur eine akademische Ausbildung für einen zufriedenen und erfolgreichen Berufsweg zur Verfügung steht.

Dieses bewährte System muss aber auch bei geringer werdender Auszubildenden-Anzahl erhalten werden. Dazu ist die Ausstattung der berufsbildenden Schulen mit ausreichend Personal erforderlich, damit Fachklassen erhalten bleiben.

Wir haben diese Forderung durch Beteiligung an einer entsprechenden Resolution des Expertenrates an den Kreistag von Ostholstein unterstrichen. Für den Kreis Plön gilt das gleiche.

3. Infrastruktur

Wir fordern seit langem eine ausreichende Breitbandversorgung, nicht nur in den Zentren, sondern vor allem auch in der Fläche.

Es gibt auf Kreisebene unterschiedliche Aktivitäten, die wir gerne unterstützen.

Der große Durchbruch ist jedoch auch hier noch nicht zu verzeichnen, es fehlt vor allem an tragbaren Finanzierungsmodellen und finanzieller Unterstützung durch den Bund.

Jeder kann nachvollziehen, dass eine ausreichende Breitbandversorgung die Basis für erfolgreiches Arbeiten hier ansässiger Unternehmen, aber auch vor allem für die Neuansiedlung von Gewerbe und damit für neue Arbeitsplätze und den Zuzug von jungen Familien ist.

Die Verkehrswege im Lande - ob Straßen oder der Nord-Ostsee Kanal – sind in einem erbarmungswürdigem Zustand.

Die Initiative von Herrn Minister Meyer mit Vorlage einer ehrlichen Bestandsaufnahme der nicht mehr zeitgemäßen Verkehrswege, einschl. der notwendigen Brückensanierungen, war unbedingt erforderlich. Sie ist auch die richtige Basis für eine Langfristplanung.

Der Ansatz für ein Länder übergreifendes Baustellenmanagement bei der A7 ist ebenfalls positiv. Ein solches müsste jedoch aus unserer Sicht nicht nur dort, sondern bei allen größeren Bauvorhaben standardmäßig durchgeführt werden.

In diesem Zusammenhang ist jedoch auch der durch eine Vielzahl von Vorschriften und Gesetzen übermäßig lange Planungszeitrahmen für Neubau-Vorhaben dringend reformbedürftig. Wir benötigen z. B. für das Bauvorhaben Stuttgart 21 einen Planungszeitraum von rund 30 Jahren.... Für eine Brückenplanung liegt der Zeitraum bei 15 Jahren. In Europa nehmen wir höchstwahrscheinlich bei diesen Zeiträumen schon einen Spitzenplatz in der Negativ-Liste ein.

In anderen Ländern werden Zukunftsprojekte deutlich schneller und auch innerhalb der gesetzten Kostenrahmen abgewickelt. So ist z.B. in unserem Nachbarland Dänemark die Einrechnung einer Risiko-Reserve von bis zu 30% bei solchen Vorhaben gesetzlich vorgeschrieben. Hier besteht bei uns dringender Handlungsbedarf, wollen wir nicht auf Dauer unsere Wettbewerbsfähigkeit riskieren.

Land und Bund sind hier gefordert. Zumindest im Bund wäre ja eine Mehrheit durch die Große Koalition gegeben, um noch in dieser Legislaturperiode das Notwendige anzuschieben.

4. Wir begrüßen die eindeutige positive Haltung der Landesregierung zur Festen Fehmarnbelt-Querung.

Wir freuen uns auch, dass sich die Bundeskanzlerin bei ihrem Besuch in Dänemark in der vorigen Woche eindeutig zu diesem wichtigen Projekt bekannt hat.

Ich möchte hier nicht alle Argumente für dieses größte Infrastrukturprojekt in Nord-Europa wiederholen, sie sind Ihnen alle bekannt.

Wir wünschen und uns ganz einfach, dass die Querung und eine für alle Betroffenen akzeptable Hinterlandanbindung einschließlich der Querung über den Fehmarn-Sund zeitgerecht realisiert werden.

Natürlich wird der Kostenrahmen die Plankosten weit übersteigen. Aber so ist es, wenn man die notwendigen Maßnahmen erst zu einem sehr späten Zeitpunkt berücksichtigt.

Aber meine sehr geehrten Gäste – das kennen wir doch von anderen Projekten ja auch und haben uns zwischenzeitlich sogar daran gewöhnt, oder?

Wir haben wir uns anscheinend damit abgefunden, dass z. B. die Sanierung des Kanal-Tunnels in Rendsburg komplett aus dem Zeit- und Kostenrahmen läuft. Auch der Nord-Ostsee-Kanal hat immer noch nicht genügend Mitarbeiter, jetzt endlich ein Ersatztor bzw. 100 Jahre alte Tore, die erst aus dem Schlick befreit werden müssen.

Aber welchen Zeitraum benötigen wir um bekannte Probleme zu lösen.....

Meine sehr verehrten Gäste, meine Damen und Herren, ich wiederhole mich zwar, aber ich glaube, hier besteht wirklich Handlungsbedarf.

So können notwendigen Finanzmittel des Bundes können erst angefordert werden, wenn eine ausreichende Planungsreife für ein Projektes gegeben ist.

Es wäre sicher zu überlegen, Planungen im größeren Umfang durch private Ingenieur-Büros nach einer Ausschreibung durchführen zu lassen.

Bei einer Vergabe an private Planungsbüros ist auch nicht die Gefahr gegeben, dass man heute Mitarbeiter einstellt und einarbeitet, die in 5 -10 Jahren keine Beschäftigung mehr haben.

Der bisherige Weg eines Projekts in den jeweiligen Gremien geht so:

- Aus politischen Gründen oder aus persönlichen Gründen falsche Annahmen treffen, oder treffen lassen.
- Projekt schön rechnen – keine laufenden Kosten einrechnen oder auf die Zukunft verschieben.
- Dem Bürger das Projekt nur teilweise vorstellen.
- Projekt beginnen – neue Kalkulation mit den auch vorher bekannten Tatsachen und Kosten erstellen – Gelder neu bewilligen.
- Projekt fertig – Kostenrahmen stark überschritten – Bürger zahlt.... bzw. die Wartung und der laufende Unterhalt wird nicht durchgeführt, da die dafür erforderlichen Haushaltsmittel vorher nicht gebunden wurden.

All das bedeutet: Die Investitionen sind schon bei Baubeginn nicht wirtschaftlich.

Ich frage mich: Muss das so sein?

Für die Zukunft findet ja vielleicht in Politik und Gesellschaft ein Umdenken statt – denn eines ist sicher:

die öffentlichen Gelder werden sich nicht unbedingt immer weiter vermehren.....

Spannen wir noch den Bogen vom Land über den Bund hin nach Europa:

Sehr geehrte Damen und Herren – vor 4 Jahren führte ich aus, dass ein Europa der freien Grenzen, das dem Werte einer freien Gesellschaft verpflichtet ist, ein hohes Gut ist. Dieser Satz gilt auch heute noch....

Ferner führte ich aus, dass die sozialen Probleme in den wirtschaftlich schwachen Ländern zunehmen und wir uns darauf einstellen müssen, dass dieses bei uns eine Zuwanderung aus diesen Regionen auslösen wird.

Leider lässt die Entwicklung der vergangenen Jahren erkennen, dass durch globale Strategien der Frieden und das friedliche Miteinander in der Welt und auch in Europa stark gefährdet sind. Daher haben sich die Probleme in Europa - aber natürlich auch im Nahen Osten und in Afrika - stark verschärft.

Jeder Ansatz, Konflikte nicht durch Gewalt, sondern durch Diplomatie zu lösen, ist von uns zu unterstützen und unbedingt notwendig.....

Vor diesem Hintergrund sind die Probleme in der Bundesrepublik mit den Flüchtigen dieser Welt, die teilweise nur ihr Leben retten konnten und auch mit den Menschen, die bei uns Asyl suchen, sicher lösbar, wenn man sich über den Parteienstreit hinweg – auch in Europa - auf eine gemeinschaftliche Haltung einigen würde.

Ausdrücklich möchte ich mich hier bei allen ehrenamtlich tätigen Bürgern bedanken, welche die damit zusammen hängenden Probleme erkannt haben und sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden „Bordmitteln“ auch in Teilbereichen so gut wie möglich zu bewältigen suchen.

Aber meine Damen und Herren auch hier helfen Konferenzen auf Landesebene über eine Willkommenskultur nur bedingt. Es ist gut, wenn man durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Betreuung vor Ort Planungssicherheit schafft. So wird das Land ca. 180 Millionen für ein Flüchtlingspaket ausgeben.

Diese Ausgabe ist sicher sinnvoll, da die Folgekosten einer nicht vernünftigen Eingliederung ein mehrfaches betragen werden.

Aber vergessen wir nicht, SH ist nur ein Bundesland und daher müssen bundesweit die finanziellen Verhältnisse die einschlägigen Gesetze, Vorschriften und Zuständigkeiten klar und eindeutig geregelt werden.

Verfolgt man die Entwicklung der letzten Wochen, so ist aber leider wieder ein Verschiebeparkplatz der Verantwortlichkeiten erkennbar.

Es ist doch eigentlich schade, dass diese Diskussion so geführt wird. Die Chancen einer geregelten unbedingt erforderlichen Zuwanderung werden aber nicht erkannt, bzw. nicht umgesetzt.

Es ist auf Dauer unverantwortlich, dass man ohne ein nachhaltiges Konzept und ohne die notwendigen finanziellen und personellen Mittel pro Jahr zwischen 200.000 – 500.000 Menschen flächendeckend über die Bundesrepublik verteilt und somit der nächsten Generation gewaltige Probleme hinterlassen werden.

Wir haben gerade in Deutschland vor kurzer Zeit eine breite Debatte über die fehlende Integration der seit den 1980er Jahren zu uns gekommenen Migranten geführt. Aus den Fehlern der Vergangenheit sollten alle relevanten Gruppen gelernt haben.

Die Bundesregierung und die Länderkammer haben die notwendigen Mehrheiten, um klare Regelungen zu treffen. Medienwirksame Konferenzen ersetzen hier nicht die Tagesarbeit und die entsprechenden einheitlichen Regelungen.

Sollte die Politik hier versagen, werden die Chancen für ein friedliches Zusammenleben verspielt. Auch sind nur bei rechtzeitiger Integration die Kosten für den Sozialstaat überschaubar.

Natürlich sind die Betriebe - hier insbesondere das Handwerk – bereit, auch Ausbildung und Teilhabe von Flüchtlingen an Beschäftigung durchzuführen.

Dazu gehört jedoch z. B. ein Bleiberecht während der Ausbildungszeit und auch für mindestens 2 Jahre danach.

Auch ist die sofortige Sprachförderung für alle Flüchtlinge während der Ausbildungszeit ein wichtiges Thema. Ohne Sprache keine Integration.....

Damit die Betriebe diese Aufgabe erfolgreich umsetzen können, ist jedoch von staatlicher Seite ein organisiertes Netzwerk von Ansprechpartnern mit den notwendigen Kenntnissen der anderen Kulturen sowie eine Unterstützung in der täglichen Arbeit unbedingt erforderlich.

Wir sind hier zusammen mit der Kreishandwerkerschaft und der EGOH mit den Jobcentern und den Kreisbehörden im Gespräch, um regionale Initiativen zur Verbesserung der Situation auf den Weg zu bringen.

Kommen wir zu Europa:

Der Gemeinschaftswährung fehlt immer noch der gemeinsame Rahmen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Zu den Problemen mit Griechenland nur meine persönliche Anmerkungen:

Griechenland wird die Hilfgelder in Höhe von rund 220 Mrd. nicht zurückzahlen können. Nicht jetzt und auch nicht in 10 Jahren.

Diese Tatsache, dass Deutschland die Hilfgelder und Kredite der verschiedenen Institutionen nicht mehr von Griechenland zurück bekommen wird, ist zwar nicht schön – aber sie ist Realität.

Für die folgenden Bundeshaushalte ist eine Belastung in Höhe von 50 – 80 Milliarden daher nicht unrealistisch....

Also wäre es wirklich sinnvoll, jetzt in der Finanzplanung des Bundes auch dieses Risiko bereits abzubilden – also lieber jetzt in Zeiten einer guten Wirtschaftslage die Verluste zu realisieren.

Aber verehrte Gäste, wir vergessen, die nächste Bundestagswahl steht vor der Tür und somit wird dieses Thema sicher soweit möglich ausgeblendet.

Wie geht es weiter ??????

Die Zinspolitik der EZB sorgt weiter dafür, dass die Bundesrepublik historisch niedrige Finanzierungskosten hat.

Somit konnte auch die so genannte schwarze Null im Bundeshaushalt erreicht werden.

Aber – diese wurde nicht durch Einsparungen im Haushalt, sondern durch vermehrte Steuereinnahmen und den Zinseffekt erreicht.

Die Kehrseite der Medaille ist jedoch, dass gerade im Mittelstand, sowie bei den Ergebnissen der regionalen Kreditinstitute und den Lebensversicherungen und damit auch bei den Arbeitnehmern nicht unerhebliche Werte vernichtet worden sind.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie und diverse Arbeitgeberverbände haben im Monat April in einer gemeinsamen Stellungnahme die Bundesregierung aufgefordert, den bisherigen Kurs der Umverteilung und Regulierung – und damit das Anspruchdenken - zu verändern, da die Zukunft auch der Arbeitnehmer nicht von kurzfristigen „Wohltaten“ sondern von einer funktionierenden Wirtschaft abhängig ist.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer benötigen vernünftige Rahmenbedingungen. Ohne einen funktionierenden Mittelstand wird eine regionale Wirtschaft nicht leistungsfähig und auch nicht zukunftsfähig sein.

Der Staat selbst ist kein guter Unternehmer, zahlt keine Steuern und sollte sich deshalb auf einen klaren und eindeutigen gesetzlichen Ordnungsrahmen beschränken. Eine Gesetzgebung auf ideologischer Basis ist nicht sehr Ziel führend, sondern diese wird über kurz oder lang an der Realität scheitern.

Lassen Sie mich am Beispiel des Mindestlohngesetzes einmal einige Eckpunkte der verfehlten Umsetzung von Gesetzen aufzeigen:

1. Der Mindestlohn von 8,50 € ist nicht das Problem. In vielen Bereichen wurde auch schon vorher mehr bezahlt.

Aber:

2. Mit dem Mindestlohngesetz werden viele Bereiche der Wirtschaft unter Generalverdacht gestellt.

3. Der bürokratische Aufwand der Aufzeichnungspflichten ist überzogen – Die Sanktionsandrohungen sind für kleine und mittlere Unternehmen mit einer Bußgeldhöhe von bis zu 30.000,- Euro schon Existenz bedrohend.

4. Die Generalunternehmerhaftung befördert ein Misstrauen und führt zu absurden Forderungen in den Freistellungserklärungen. Hier werden von Auftraggebern Bankbürgschaften – Erklärungen über 5 DIN A4 Seiten – und diverse Absicherungserklärungen gefordert. Aus Sicht des Auftraggebers ist das bei einer Bußgeldandrohung von 500.000 Euro im Einzelfall sicher auch nachvollziehbar...

Hoffen wir, dass bald eine Neubewertung dieses Gesetzes erfolgt.....

Und dass bei dieser auch Fachleute und nicht nur Politiker zu Rate gezogen werden.

Meine sehr geehrten Zuhörer,

selbstkritisch muss ich feststellen, dass viele der aufgezählten Probleme nicht ganz neu sind. Natürlich gibt es auch zur Energiewende, den steigenden Strompreisen und Abgaben, der geplanten Vermögenssteuer, und vielen anderen Themen noch viel zu sagen. Das würde aber den Rahmen dieser Veranstaltung sicher überfordern.

Leider ist in Teilen der Politik und auch der Gesellschaft der Begriff „Unternehmen“ oder „Unternehmer“ nicht unbedingt positiv besetzt.

Dieses müssen wir gemeinsam verändern, wenn wir auf Dauer unseren Wohlstand – der durch eine freie soziale Marktwirtschaft geschaffen wurde – erhalten und ausbauen wollen.

Unternehmer (hauptsächlich im Mittelstand) sind die Leute, die Arbeitsplätze schaffen und erhalten und durch Zahlung von Lohn und Abgaben sowie Steuern den Staat zum großen Teil finanzieren.

Darauf müssen wir immer wieder hinweisen.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben und heute die Gelegenheit gegeben haben, einige Denkanstöße zu formulieren.

Ich wünsche mir einen offenen Dialog und freue mich jetzt mit Ihnen auf die Ausführungen von Herrn Staatssekretär Dr. Nägele.....